

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Blick in die Hölle*

Aus dem Februarheft 1966 der vom Österreichischen Gewerkschaftsbund gemeinsam mit dem Österreichischen Arbeiterkammertag herausgegebenen Monatsschrift *Arbeit und Wirtschaft* vermitteln wir unseren Lesern den folgenden Leitartikel:

„Am Montag, dem 17. Januar 1966, stießen hoch in der Luft über dem Dörflein Palomares an der spanischen Südküste ein Düsenbomber und ein Tankflugzeug der amerikanischen Luftwaffe zusammen. Beide Maschinen stürzten ab; nur vier Besatzungsmitglieder konnten sich retten. An Bord des Bombers hatten sich vier Atombomben befunden. Drei wurden in den nächsten Tagen im Umkreis der Absturzstelle geborgen, die vierte ist zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht gefunden.

Zunächst versuchte man, alle genaueren Meldungen über den Absturz zu unterdrücken, aber die umfangreichen Bergungs- und Sicherungsarbeiten, die Überprüfung der Umgebung auf Radioaktivität, die ärztliche Untersuchung der an den Arbeiten beteiligten amerikanischen Soldaten und spanischen Poli-

zisten ließen schließlich keine andere Wahl, als der Öffentlichkeit die Wahrheit mitzuteilen. Diese Mitteilungen waren mit beruhigenden Versicherungen verbunden: Soldaten und Polizisten seien zwar einer geringfügigen Strahlung ausgesetzt gewesen, würden aber keine dauernden Schäden davontragen. Für die Bevölkerung der Umgebung bestehe keinerlei Gefahr, denn die Atombomben seien nicht ‚scharf‘ gewesen und hätten daher beim Absturz nicht explodieren können. Ebenso wenig könne die verlorene Bombe explodieren. Trotz dieser Versicherung kam es örtlich zu Kundgebungen gegen die Bombenflüge. Die Bevölkerung war — und ist es vermutlich noch immer — beunruhigt. Aber bald wird sich Schweigen über diesen Zwischenfall legen, so wie es über die zwölf anderen Atombomberabstürze gebreitet wurde, die sich seit 1958 — allerdings bisher stets über amerikanischem Gebiet — ereignet haben.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die technische Seite des Unglücks: Daß Flugzeugabstürze nicht völlig auszuschließen sind, wissen wir. Nun haben sich laut Mitteilung des US-Luftwaffenkommandos in Madrid ‚an Bord des B-52-Bombers vier Atomwaffen in friedensmäßiger Bereitschaft befunden‘. Das heißt, der in ihnen befindliche Kernsprengstoff war noch in unter-kritische Mengen geteilt, Mengen, die zu klein sind, um durch die eigene Strahlung eine atomare Explosion auszulösen. Der Zünder, der im Ernstfall im gewünschten Augenblick die Trennung zwischen den unter-kritischen Mengen zerstört und damit die Atomexplosion auslöst, war noch nicht eingesetzt. Die Behauptung, die Atombomben seien nicht ‚scharf‘ gewesen, erweckt den Eindruck, sie seien in diesem Zustand völlig ungefährlich, und das ist irreführend. Durch diese Sicherung ist zwar die Wahrscheinlichkeit einer unerwünschten Atomexplosion außerordentlich stark verringert, es bleibt jedoch denkbar, daß durch verschiedene Einwirkungen der Kernsprengstoff zur kritischen Menge zusammengeworfen wird und daß damit die Katastrophe eintritt.

Nun sind seit Jahren Tag und Nacht Atombomberpatrouillen des Strategischen Luftkommandos der USA in allen Räumen des Erdballs mit ihrer furchtbaren Last unterwegs. Die Piloten kennen die Ziele, die sie im ‚Ernstfall‘ auf Befehl ihres Kommandos zu vernichten haben. Wir nehmen an, daß Rußland ähnliche Bomber mit ähnlichen Aufträgen für diesen ‚Ernstfall‘ auf die nie endende Reise schickt, und wir können uns ausrechnen, wie jede Stunde die Wahrscheinlichkeit wächst, daß einmal bei einem ganz gewöhnlichen Flugzeugunfall über Zehntausende ein schreckliches Ende hereinbricht: unbeabsichtigt, durch technisches oder menschliches Versagen. Wir wissen auch, daß in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion in unterirdischen Befehls-

zentralen Tag und Nacht Menschen vor den Radarschirmen hocken, bereit, beim wirklichen — oder auch vermeintlichen — feindlichen Überfall auf die Knöpfe ihrer Weltuntergangsmaschinen zu drücken, die die Interkontinentalraketen mit den Wasserstoffbomben in Minuten über Meere und Kontinente jagen, um ‚drüben‘ alles Leben auszulöschen. Und wir wissen, daß auch diese Systeme von Apparaten, Waffen und Menschen technisch oder psychisch versagen können, daß der Selbstmord der Menschheit aus Zufall möglich ist, ja daß seine Wahrscheinlichkeit wächst.

Wir empfinden die Unerträglichkeit eines Zustandes, der in unserer Geschichte ohne Beispiel ist. ‚Atomwaffen in friedensmäßiger Bereitschaft‘ nennt das US-Luftwaffenkommando die Instrumente des Völkermordes, der noch nach dem zweiten Weltkrieg so leidenschaftlich verurteilt worden war. So steinzeitmäßig grausam und primitiv sind wir am Beginn des Atomzeitalters, daß dieser von allen Seiten angedrohte Völkermord, auch an den völlig unbeteiligten neutralen und blockfreien Ländern, wie selbstverständlich jeweils dem anderen zugetraut wird. Ja mehr noch, daß man ihn ankündigt als eine — wenn auch letzte — Möglichkeit, wenn eine große politische Niederlage droht. So sehr entwürdigt haben wir uns, daß wir unsere Kultur, ja die ganze Zukunft unserer Art auf Gnade und Ungnade den von uns ersonnenen Zerstörungsmechanismen ausliefern.

Der Schreiber dieser Zeilen wurde vor kurzem bei einer Diskussion gefragt, wieso die über Spanien verlorene Atombombe keinen weltweiten Aufschrei der Empörung ausgelöst habe. Die Antwort lautet: Weil diese verlorene Bombe ein Symbol unserer Schande ist.

Weil viele führende Politiker zum Teil noch in überholten Gedankengängen stecken, zum Teil unter dem Druck bornierter, aber mächtiger Gruppen stehen.

Weil die breite Masse der Bevölkerung in den Industrieländern sich ihres relativen Wohlstandes erfreuen will und gerne Augen und Ohren vor den Gefahren verschließt, die sie bedrohen.

Und weil schließlich Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen unter dem Einfluß der Mächtigen, die diesen Zustand nicht ändern wollen oder nicht ändern können, schnell wieder Alltagsbanalitäten über das Loch schwemmen, das durch die verlorene Bombe aufgerissen wurde und für kurze Zeit den Blick in die Hölle freigab.

Die seit kurzem in Genf wiederaufgenommene Abrüstungskonferenz ist einer der wenigen tröstlichen Beweise dafür, daß auch die Mächtigen der Welt den Blick in die Hölle getan haben und ebenso wie wir alle vor ihr zurückschauern."

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in der Bundesrepublik schon im 11. Jahr-

gang unter dem Titel *Das Gewissen* eine Monatszeitschrift erscheint, die — von *Wolfgang Bartels* mustergültig redigiert — eine Fülle wichtiger Dokumente über die Atomgefahren, über die Kriegführung in Vietnam, über die Fragwürdigkeit des sogenannten Zivilschutzes usw veröffentlicht und laufend über die neueste Literatur zu diesen Fragen informiert (München 19, Tizianstraße 1).

### *Das Gutachten zur Finanzreform*

Über die wichtigen politischen Aspekte des Mitte Februar 1966 veröffentlichten Sachverständigen-Gutachtens zur Finanzreform informiert sehr interessant ein Leitartikel von *Ulrich Breuer* im liberalen *Kölnischer Stadt-Anzeiger* vom 14. Februar 1966:

„Das Gutachten zur Finanzreform ist eine der schallendsten Ohrfeigen, mit der die Finanz- und Haushaltspolitik des Bundes jemals bedacht wurde. Die Bedenken des nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten *Franz Meyers* gegen die Vorschläge ließen das Gutachten, noch ehe seine Einzelheiten bekannt wurden, als so etwas wie ein Attentat auf den föderativen Aufbau der Bundesrepublik erscheinen. Das Gegenteil ist indessen der Fall: Die von der Kommission für die Finanzreform ausgearbeiteten Vorschläge haben das eindeutige Ziel, den Föderalismus in der Bundesrepublik zu sichern, weiteres Ziel ist es allerdings — und hier fühlen sich die stets mißtrauischen Föderalisten grundlos auf den Plan gerufen —, die Verfassungswirklichkeit durch entsprechende Änderungen und Ergänzungen des Verfassungsrechtes abzusichern.

Der Föderalismus, so wie er vom Parlamentarischen Rat mit dem ausdrücklichen Segen der damaligen drei westlichen Besatzungsmächte im Grundgesetz verankert wurde, ist nicht in seinen Prinzipien, wohl aber in seinen Details von der wirtschaftlichen Entwicklung überholt. Schließlich stammen die Details noch aus dem vorigen Jahrhundert. Ein moderner Industriestaat braucht dagegen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, er braucht das, was die Finanzreformkommission als kooperativen Föderalismus' bezeichnet. Dieser kooperative Föderalismus soll mit dafür sorgen, daß die Finanzen des Staates künftig mit dem größtmöglichen Wirkungsgrad eingesetzt werden.

Daß dies in der Vergangenheit vor allem von Seiten des Bundes nicht geschah, ist eine bekannte Tatsache. Sie von einer Kommission unabhängiger Sachverständiger nochmals bestätigt zu erhalten ist um so wertvoller, als einige der Sachverständigen den Unionsparteien angehören oder ihnen nahestehen. Damit ist es für die Bundesregierung unmöglich geworden, das Gutachten vorwiegend parteipolitisch zu betrachten. Letzteres dürfte sich

im übrigen von selbst verbieten, da die Finanzreform eine Änderung des Grundgesetzes erfordert und daher nur mit den Sozialdemokraten zu verwirklichen ist. Daß es notwendig wäre, wegen der Finanzreform eine große Koalition in Bonn zu bilden, ist ein Argument jener Förderer dieser Regierungsform, denen kein besseres einfällt. Für den Grundsatz der Finanzreform, den gesamten Steuerkuchen künftig mehr zugunsten von Ländern und Gemeinden zu verteilen, ist die Sozialdemokratie sogar sehr viel leichter zu gewinnen als die Union. Schließlich werden die meisten Kommunen von Sozialdemokraten regiert.

Der wirtschaftliche Einsatz jener von allen Steuerpflichtigen zugunsten der Gemeinschaft aufgebracht Gelder erheischt es nach Ansicht der Kommission, künftig einen höheren Anteil aller Steuern dem unmittelbaren Verbrauch zu entziehen und den notwendigen Investitionen zuzuführen. Das bedeutet: weniger Subventionen, dafür mehr Schulen, mehr Straßen, mehr Forschung, mehr Krankenhäuser, mehr kommunale Einrichtungen. Dieses Ziel ist nach Ansicht der Kommission nur dann zu erreichen, wenn der Bund weniger, die Länder, vor allem aber die Gemeinden, dagegen mehr Geld als bisher erhalten.

Das Mehr für die Länder wird in den Vorschlägen zur Finanzreform nicht ohne weiteres sichtbar. Aber die Gemeinschaftsaufgaben, bei denen sich der Bund an der Finanzierung zur Hälfte beteiligen soll, sorgen praktisch dafür, daß den Ländern mehr Geld zur Verfügung stehen wird. Für die Gemeinden ist es ganz klar. Hier schlägt die Kommission ohne jeden Umweg vor, die Steuerkraft der Kommunen kräftig zu stärken. Und das ist die schallende Ohrfeige für die bisherige Finanzpolitik des Bundes.

Der seit über sechzehn Jahren im wesentlichen von den Unionsparteien regierte Staat hat einen guten Teil des ihm von den Steuerzahlern anvertrauten Geldes verplempert. Anstatt es für zukunftsfruchtige Investitionen zu verwenden, die allen Bürgern zugute kommen, wurde es in keineswegs unbeträchtlichen Mengen als Subventionen zugunsten aller möglichen Gruppen und Grüppchen ausgegeben. Sicherlich gibt es für viele Subventionen eine einleuchtende Begründung. Für ebenso viele trifft das aber nicht oder nicht mehr zu. Die Haushaltspolitik des Bundes ist bis heute von jenen Wahlgeschenken diktiert, denen *Ludwig Erhard* immer zu Leibe rücken wollte und gegen die er erst nach der letzten Wahl ein klein wenig getan hat. Gerade in jenen vier Jahren, da die Union in Bonn die absolute Mehrheit besaß, war die Haushaltspolitik besonders stark von der Maxime diktiert, das der Mehrheit des Bundestages und der Regierung anvertraute Geld der Steuerzahler nicht möglichst wirtschaftlich, sondern möglichst wahlwirksam einzusetzen.

Deshalb werden sich wahrscheinlich die fühlbarsten, wenngleich nicht die am besten sichtbaren Widerstände gegen die Finanzreform innerhalb der CDU/CSU und dort wiederum im Bund ergeben. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß die Regierungschefs der Länder begreifen, welche politische Chance ihnen durch die Finanzreform geboten wird."

#### Hinweise

Heft 1/2 der seit längerer Zeit erwarteten Monatsschrift *Deutsches Panorama* ist Ende Januar 1966 erschienen. Eine neue Zeitschrift kann gewiß nie nach ihrem ersten Heft beurteilt werden — aber man darf sagen, daß dieses Heft eine Reihe wichtiger und interessanter Aufsätze enthält und einen vielversprechenden Eindruck hinterläßt. Wir heben hervor: eine Untersuchung „Lügt die Tageschau?“ von *Gert von Paczensky*, Chefredakteur von *Deutsches Panorama*, zwei Aufsätze zur Notstandsgesetzgebung (*Eugen Kogon*, *Gösta von Uxküll*), eine scharfe Analyse des Vietnamkrieges (*Hans Fleig*), eine Reportage über die skandalös niedrigen deutschen Kriegserlöse (*Bernt Engelmann*) und eine Widerlegung der oft gehörten Behauptung, die Welle der Kriminalität schlage über die Ufer (*Lutz Lehmann*). Man wartet nun mit einiger Spannung auf die nächsten Ausgaben.

Daß eine politisch und kulturpolitisch so fortschrittliche und mutige Zeitschrift wie die *Frankfurter Hefte* seit nunmehr zwanzig Jahren erscheinen kann, ist in unserer Zeit und in unserem Lande, in dem es unabhängige Zeitschriften wahrlich nicht leicht haben, ein tröstliches und verpflichtendes Faktum; wir wünschen *Walter Dirks*, *Eugen Kogon* und ihrem Team für das dritte Jahrzehnt alles Gute.

W. F.